

Ulrich Menzel

Jenseits des Ost-West-Konflikts. Heißt die neue Trilaterale USA-Japan-Deutschland?¹

Zusammenfassung: Mit der Beendigung des Ost-West Konfliktes ist die seit 1945 etablierte Nachkriegsordnung in Frage gestellt. Der Autor präsentiert vier denkbare Szenarien einer neuen Weltordnung. Für realistisch hält er eine Wiederbelebung der klassischen Konflikte zwischen den industriellen Großmächten (USA, BRD/Europa, Japan), die in den vergangenen vier Dekaden durch den »Kampf zweier Systeme« nur überlagert und gezügelt waren. (Der Artikel wurde im Juli, vor dem Sturz Gorbatschows, fertiggestellt.)

1. Die Debatte um den Niedergang der amerikanischen Hegemonie

Seit nunmehr fast 20 Jahren findet unter angelsächsischen Politikwissenschaftlern, Historikern und Ökonomen eine Debatte darüber statt, ob es einen Niedergang der USA und damit auch der amerikanischen Hegemonie gibt und welche Konsequenzen daraus für das internationale System erwachsen (könnten). Zu den Vertretern der These vom Hegemonialverlust zählen Weltsystemtheoretiker und Globalhistoriker wie George Modelski, Immanuel Wallerstein und Paul Kennedy² oder prominente Vertreter der neorealistischen Schule wie Robert Gilpin, Robert O. Keohane und Stephen D. Krasner.³ Ihr Argument lautet, daß aufgrund

1 Dieser Beitrag ist die ausgearbeitete Version früherer Überlegungen, die in der TAZ vom 19.6.1990 und der Frankfurter Rundschau (Deutschlandausgabe) vom 8.4.1991 erschienen sind.

2 George Modelski/William R. Thompson, *Seapower in Global Politics, 1494-1993*. London 1988; Immanuel Wallerstein, *The Politics of the World Economy. The States, the Movements and the Civilizations*. Cambridge 1984; Paul Kennedy, *The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*. New York 1987. Vgl. zur dieser Argumentation zugrunde liegenden Zyklentheorie Ulrich Menzel, *Lange Wellen und Hegemonie*. Ein Literaturbericht. Universität Bremen 1985; Joshua S. Goldstein, *Long Cycles. Prosperity and War in the Modern Age*. Yale 1988; zu den internen Gründen des Niedergangs Mancur Olson, *The Rise and Decline of Nations. Economic Growth, Stagflation, and Social Rigidities*. Yale 1982.

3 Robert Gilpin, *U.S. Power and the Multinational Corporation. The Political Economy of Direct Investment*. London 1975; ders., *War & Change in World Politics*. Cambridge 1981; ders., *The Political Economy of International Relations*. Princeton 1987; Robert O. Keohane, *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Economy*. Princeton 1984; ders., *International Institutions and State Power. Essays in International Relations Theory*. Boulder 1989; Stephen D. Krasner (Hrsg.), *International Regimes*. Ithaca 1983; ferner David P. Calleo, *Beyond American Hegemony. The Future of the Western Alliance*. New York 1987; Kenneth A. Oye (Hrsg.), *Cooperation under Anarchy*. Princeton 1986; Walter Russel Mead, *Mortal Splendor: The American Empire in Transition*. Boston 1987. Aus deutscher Sicht dazu Reinhard Rode, *Die Zeche zahlen wir. Der Niedergang der amerikanischen Wirtschaft*. München 1988; Hans-Dieter Jacobsen, *Internationale Wettbewerbsfähigkeit und nationale Sicherheit der*

nachlassender Leistungsfähigkeit der US-Ökonomie und aufgrund des Aufholens wichtiger Konkurrenten sich die relative weltwirtschaftliche Position der USA gegenüber den 1940er bis 1960er Jahren verschlechtert hat und daß die daraus resultierende finanzielle Schwäche es den USA nicht mehr in dem gleichen Maße wie früher ermöglicht, die notwendigen hegemonialen Kosten aufzubringen, die zum reibungslosen Funktionieren des internationalen Systems notwendig sind. In Anlehnung an die Theorie der »internationalen öffentlichen Güter« von Charles Kindleberger⁴ sind damit in erster Linie die Lieferung von militärischer »Sicherheit« und weltwirtschaftlicher »Stabilität« gemeint, an denen alle anderen Länder mehr oder weniger kostenlos partizipieren. Das prominenteste Argument lieferte Paul Kennedy in seiner voluminösen Untersuchung über den »Aufstieg und Niedergang der großen Mächte«. Der Niedergang einer Großmacht beginnt demzufolge dann, wenn die hegemonialen, d.h. vor allem militärischen, Kosten größer werden als der Nutzen, der aus der Hegemonialposition erwächst, ein Vorgang, den er mit dem Begriff der »imperialen Überdehnung« bezeichnet. Damit würden die USA das gleiche Schicksal wie in früheren Zeiten die spanischen Habsburger oder England am Ende des 19. Jahrhunderts erleiden.

Die Gegenposition wird, verschieden abgestuft, u.a. von Bruce Russett, Susan Strange und Joseph S. Nye vertreten.⁵ Ihre Argumentation läuft im Kern darauf hinaus, daß die Nachkriegssituation bezüglich der amerikanischen Dominanz exzeptionell war und daß seit den 1980er Jahren wieder normale Relationen hinsichtlich der wirtschaftlichen Gewichtung der führenden Industrieländer eingekehrt seien. Außerdem seien die militärische Stärke und die Austrahlungskraft im Bereich der Massenkultur der USA weiterhin in der Lage, den Verlust an wirtschaftlicher Stärke zu kompensieren.

Die Debatte konzentrierte sich im weiteren Verlauf auf die Frage, wie denn »Macht« im internationalen System überhaupt definiert werden kann, mittels welcher Indikatoren sie zu messen ist und wie diese Indikatoren zu gewichten und ihre Veränderung zu interpretieren seien. Die z.T. völlig gegensätzliche Betrachtung solcher Indikatoren mag ein Beispiel demonstrieren. Die extrem hohe Außenverschuldung der USA (etwa 700 Mrd. US \$) als Folge ihres mittlerweile chronisch zu bezeichnenden Leistungsbilanzdefizits, die die Verschuldung von

USA. Ebenhausen 1986. Vgl. ferner die Beiträge der letzten Jahrgänge in den amerikanischen Zeitschriften »International Organization« und »World Politics«, wo die Debatte in erster Linie geführt wurde.

- 4 Charles P. Kindleberger, International Public Goods without International Government. In: American Economic Review, Nr. 1, 1986. S. 1-13
- 5 Bruce Russett, The Mysterious Case of Vanishing Hegemony; or, Is Mark Twain Really Dead? In: International Organization 39.1985,2. S. 207-231; Susan Strange, The Persistent Myth of Lost Hegemony. In: International Organization 39.1985,2. S. 233-259; diess., The Future of the American Empire. In: Journal of International Affairs 42.1988; zuletzt mit einer Zusammenfassung der Debatte Joseph S. Nye, Bound to Lead. The Changing Nature of American Power. New York 1990, vgl. auch Kal J. Holsti, Politics in Command: Foreign Trade as a National Security Policy. In: International Organization 40.1986,3. S. 643-671; Arthur Stein, The Hegemon's Dilemma: Great Britain, the United States, and the International Economic Order. In: International Organization 38.1984,2. S. 355-386.

Ländern wie Brasilien oder Mexiko weit in den Schatten stellt, wird von der einen Seite als zentraler Indikator für Schwäche angesehen, während die andere Seite die bislang reibungslose Finanzierung des Defizits durch Kapitalimporte als Ausdruck von ungebrochener Stärke wertet.

Nicht strittig sollte jedenfalls ein, daß man bei der Analyse der Stärkeverhältnisse im internationalen System zwei Aspekte auseinanderhalten sollte. Zum einen gibt es die strukturelle Ebene, die durch langfristige Trends, also etwa die Verschiebungen im relativen Wirtschaftspotential der großen Mächte, beeinflusst wird; und zum anderen gibt es die Ebene der Wahrnehmung dieser Trends und damit der Art und Weise, wie die politischen Akteure auf solche Veränderungen reagieren. Solange die Bipolarität entscheidendes Strukturmerkmal des internationalen Systems war, wurde dieses von seiten der politischen Akteure ebenso wie von seiten der akademischen Analytiker in nahezu allen seinen Aspekten aus der Ost-West-Optik betrachtet. Die Ereignisse der Jahre 1989/90 haben in bezug auf die Ebene der Wahrnehmung aber zu einem grundsätzlichen Wandel geführt, so daß auch die oben skizzierte Debatte eine ganz besondere Aktualität gewonnen hat und neue Sichtweisen zur Beurteilung der langfristigen Trends erzwingt.

2. Die Ereignisse der Jahre 1989/90

Die Jahre 1989 und 1990 werden in die Weltgeschichte als Jahre des Umbruchs eingehen. Markieren sie doch das Ende der seit 1945 währenden Nachkriegsordnung, die auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam etabliert wurde und sich mit dem Ausbruch des Ost-West-Konflikts in den Jahren 1947 und 1948 weiter verfestigte. Rufen wir uns die wichtigsten Ereignisse der beiden letzten Jahre ins Gedächtnis:

a) Die durch Gorbatschows neues Denken und die Suspendierung der Breschnjew-Doktrin möglich gewordenen nachholenden Revolutionen in Osteuropa lösten eine von Polen und Ungarn ausgehende Kettenreaktion aus, die mit der Abdankung des Sozialismus im ehemaligen Einflußbereich der Sowjetunion endete. Nach der ersten Euphorie über die wiedergewonnenen politischen Freiheiten offenbarte sich, auch für westliche Experten in diesem Ausmaß überraschend, auf welch tönernen wirtschaftlichen Füßen die dortigen Systeme gestanden hatten und in welchem Ausmaß sie über Jahrzehnte nur unter Anwendung von offenem und verdecktem Zwang hatten existieren können.

b) Damit einher ging die Auflösung des »sozialistischen Weltsystems«, also jenes Teils der Welt, der 40 Jahre lang ideologisch, politisch und militärisch von der Sowjetunion beherrscht worden war und sich immerhin bis zum Ende der 1960er Jahre in Asien und Afrika noch in ständiger Expansion befunden hatte. Die auf die sowjetische Führungsrolle fixierten Kommunistischen Parteien in Ostouropa sind bis auf wenige Reste von der Macht verdrängt und durch bürgerlich-nationalistische Regierungen ersetzt worden. Die militärischen und wirtschaftlichen

Organisationen dieses »sozialistischen Weltsystems«, Warschauer Pakt und Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, haben sich aufgelöst, und die Stationierung von Truppen, wichtigstes Instrument zur sowjetischen Herrschaftssicherung in Osteuropa, wird sich in absehbarer Zeit ebenfalls überlebt haben. Dieser Auflösungsprozeß setzt sich derzeit in den Ländern des »afrikanischen Sozialismus« (Angola, Mozambik, Äthiopien etc.) fort. In dem Maße, wie die sowjetische Hilfe für Länder wie Vietnam oder Kuba reduziert wird, steht auch dort der Systemwandel auf der Tagesordnung, sind die ersten Anzeichen eines Aufweichungsprozesses bereits erkennbar. Selbst für Nordkorea sind bereits erste Manifestationen einer Opposition zu vermelden.

c) Verständlich wird dies alles nur, weil sich in den beiden letzten Jahren das ganze Ausmaß der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krise in der Sowjetunion selbst offenbart hat. Wenn auch die These vom unaufhaltsamen Auflösungsprozeß des Vielvölkerstaats verfrüht sein mag, so führt doch langfristig kein Weg an radikalen politischen und wirtschaftlichen Reformen vorbei, die dann auch zwangsläufig das Selbstbestimmungsrecht der nichtrussischen Völker in der Sowjetunion einschließen müssen. Die auf Militär und KGB, womöglich im Verbund mit der ebenso orthodoxen Kirche, gestützte konservative Reaktion hat keine wirkliche Perspektive zu bieten. Auch die Sowjetunion wird, nachdem sich der proletarische Internationalismus als reine Fiktion erwiesen hat, als letzte europäische imperiale Macht ihre Kolonien in die Unabhängigkeit entlassen müssen.

d) Die blutige Niederschlagung der Demokratischen Bewegung in China und die gleichzeitige Säuberung der Partei von den Reformkräften dort hat deutlich gemacht, daß die Alternative zur osteuropäischen Entwicklung nur die nackte Gewalt ist. Diese vermochte zwar die Herrschaft der Gerontokratie bis auf weiteres zu stabilisieren; der Preis war aber die Aufgabe der Reformpolitik, die erneute internationale Isolation und der Verzicht auf die Zusammenarbeit mit all den gesellschaftlichen Kräften in Intelligenz und Wirtschaft, die bei der Modernisierung des Landes eigentlich so dringend benötigt werden. Auch hier ist die Perspektive düster.⁶ Selbst die im Frühjahr 1989 schon beinahe perfekte Wiedernäherung an die Sowjetunion ist in weite Ferne gerückt, weil in China derzeit ein Gesellschaftsmodell verteidigt wird, das in der Sowjetunion, zumindest perspektivisch, transformiert werden soll.

e) Der sich von Monat zu Monat beschleunigende Zerfall der DDR, die aufgrund ihrer exponierten Lage im Ost-West-Konflikt unter dem größten Druck in Osteuropa gestanden hatte, war so dramatisch, daß es zum hastigen und improvisierten Anschluß an die Bundesrepublik keine realistische Alternative gab. Hierfür spricht vor allem das Argument, daß das damalige sowjetische Einverständnis heute nicht mehr so ohne weiteres zu haben wäre. Vom Slogan »Wir sind das Volk« zum Slogan »Wir sind ein Volk« war es nur ein sehr kurzer Weg. Bemerk-

6 Vgl. dazu die Beiträge in Ulrich Menzel (Hrsg.), Nachdenken über China. Frankfurt 1990.

kenswert bei diesem Anschluß (der Begriff »Wiedervereinigung« ist in diesem Zusammenhang bloßer Euphemismus) war, daß die noch 1989 so unüberwindlich erscheinenden außenpolitischen Probleme (NATO-Zugehörigkeit der Bundesrepublik, Stationierung sowjetischer Truppen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR u.a.) sich als nur zweitrangig herausstellten. Das eigentliche Problem liegt mindestens für den Rest des Jahrtausends in der wirtschaftlichen und vor allem sozialen Integration der beiden Landesteile, die sich in den letzten 40 Jahren doch sehr weit auseinandergeliebt haben. Das ganze Ausmaß dieser Problematik wird erst jetzt sichtbar.

3. Was sind die unmittelbaren weltpolitischen Konsequenzen?

Die wichtigste Konsequenz aller dieser Ereignisse im Hinblick auf die Weltpolitik ist fraglos das Ende des Ost-West-Konflikts in seiner *klassischen* Form als einer Auseinandersetzung unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnungsmodelle, der seit dem Zweiten Weltkrieg alle anderen internationalen Konflikte zur Zweitrangigkeit verurteilt hatte. Im Grunde gab es kaum einen Konflikt von Bedeutung, der nicht mittelbar durch ihn beeinflußt war. Die USA bzw. der Westen sind aus diesem Konflikt als »Sieger« hervorgegangen, weil sich ihr Wirtschafts- und Gesellschaftssystem trotz aller Schattenseiten als leistungsfähiger und weltweit für die Menschen als attraktiver erwiesen hat und weil die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Länder einen zu großen Teil ihrer Ressourcen für die militärische Parität opfern mußten, so daß der zivile Sektor verkümmerte.

Das heißt allerdings nicht, daß die Sowjetunion mit ihrer »Niederlage« auf eine bloße Regionalmacht herabgestuft worden wäre. Ihr Militärpotential, der Wille der militärischen Führung, dieses ggf. auch einzusetzen, und der potentielle natürliche Reichtum des Landes werden auch weiterhin dafür sorgen, daß sie einen Großmachtanspruch erhebt. Nur ist sie nicht mehr in der Lage, die USA weltweit als alternatives Gesellschaftssystem herauszufordern und deren Hegemonialposition in Frage zu stellen. Der Unterschied zwischen einer Hegemonialmacht und einer Großmacht besteht eben darin, daß erstere in allen gesellschaftlichen Dimensionen und nicht nur auf militärischem Gebiet eine Führungsrolle reklamiert. Insofern war die Faszination der amerikanischen Massenkultur mindest ebenso wichtig für die »Niederlage« der Sowjetunion wie die in der Reagan-Ära forcierte Überrüstung, bei der die Sowjetunion nur auf Kosten der wirtschaftlichen Substanz mithalten konnte.⁷ Die ideologische, wirtschaftliche und politische Ausstrahlungskraft des Sowjetmarxismus, eines ihrer früheren Faustpfänder gerade in der Dritten Welt, ist ein für allemal gebrochen. Auch die an der Sowjetunion orientierten Kommunistischen Parteien in Westeuropa spielen poli-

7 Vgl. dazu Ernst-Otto Czempiel, *Machtprobe. Die USA und die Sowjetunion in den achtziger Jahren*. München 1989.

tisch keine Rolle mehr. Selbst die Sozialistische Partei Japans hat dem durch ihre Umbenennung in »Sozialdemokratische Partei Japans« noch Rechnung tragen müssen. Noch grundsätzlicher muß festgestellt werden, daß auch der Begriff »Sozialismus« in allen seinen Spielarten auf absehbare Zeit diskreditiert ist, leider selbst dann, wenn er in explizitem Gegensatz zum »realen Sozialismus« sowjetischen Typs verstanden wurde.

Eine kaum weniger bemerkenswerte Konsequenz lautet, daß der Sozialismus sowjetischen Typs offenbar nicht reformfähig ist. Das gilt gleichermaßen für die Sowjetunion wie für alle die Länder, einschließlich der Volksrepublik China, die das sowjetische System freiwillig übernommen haben oder denen es nach 1945 aufgezwungen wurde. Sobald der Reformprozeß in einem Land wirklich konsequent begonnen wurde, stellte sich sehr rasch heraus, daß dieser nicht auf den rein wirtschaftlichen Bereich zu begrenzen war, sondern das gesamte System erfassen mußte, wollte er erfolgreich sein. Das führte zwangsläufig überall zu einer Situation, in der entweder das System insgesamt zur Disposition stand und sich dann auch tatsächlich auflöste oder es blieb nur die chinesische Lösung, mit der auch in der Sowjetunion starke Kräfte sympathisieren. Das garantiert vorerst zwar den Machterhalt des bürokratisch-militärischen Apparats, bedeutet gleichzeitig aber auch die Restauration des stalinistischen Systems und die Perpetuierung der allgemeinen Krise. Damit reduziert sich die Alternative auf Demokratisierung oder Despotie. Konsequenz ist deshalb auch, daß derzeit einzig und allein der sozial gebändigte Kapitalismus in Verbindung mit einer bürgerlichen Gesellschaft eine Perspektive zu bieten hat. Für die Linke in den westlichen Ländern ergibt sich daraus die durchaus bittere Erkenntnis, daß nur mehr die weitere Zivilisierung des Kapitalismus mittels sozialpolitischer Reformen auf der Tagesordnung stehen kann.⁸

Mit dem Ende der Zweiten Welt ist auch der Begriff »Dritte Welt« im Sinne eines dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus seines ursprünglichen Gehalts beraubt worden, der, etwa bei Fanon, durchaus emanzipatorisch im Sinne des »Dritten Standes« gemeint war. Die Konnotation von rückständig, unterentwickelt oder gar drittklassig hat er erst später bekommen.⁹ Es hat sich in den letzten beiden Jahren herausgestellt, daß die Zweite Welt viel zu voreilig unter die Industriegesellschaften rubriziert wurde. Der »reale Sozialismus« war offenbar doch nicht in der Lage, dauerhaft die Probleme von Rückständigkeit und Unterentwicklung zu lösen. Gerade in Ost- und Südosteuropa zeigt sich derzeit besonders deutlich, daß das alte wirtschaftliche und soziale Gefälle innerhalb Europas in den letzten 40 Jahren keineswegs aufgehoben wurde, sondern sich im Gegenteil der alte Ost-West-Gegensatz in ein Nord-Süd-Gefälle transformiert

8 Vgl. dazu Ulrich Rödel/Günter Frankenberg/Helmut Dubiel, Die demokratische Frage. Frankfurt 1989.

9 Vgl. Ulrich Menzel, Das Ende der »Dritten Welt« und das Scheitern der großen Theorie. Zur Soziologie einer Disziplin in auch selbstkritischer Absicht. In: Politische Vierteljahresschrift 32.1991,1. S. 4-33.

hat, das dramatischer ausfällt als im Hinblick auf die bisherige europäische Peripherie im Mittelmeerraum. Im Grunde verläuft die Trennungslinie innerhalb Europas ziemlich präzise entlang der alten Grenzen zwischen West- und Ostrom. Derzeit ist das ganze Instrumentarium der Entwicklungspolitik gefordert, um die dortigen Probleme zu lösen. Für die Nord-Süd-Dimension des internationalen Systems heißt das, daß die sozialistische Option oder auch nur die Option eines dritten Weges keine Alternative mehr bietet. Wenn es keine Blöcke mehr gibt, macht folglich auch die Blockfreienbewegung keinen Sinn mehr.

Und schließlich ist mit der Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates auch die deutsche Souveränität wiederhergestellt worden. Damit hat Deutschland über Nacht einen weltpolitischen Rang eingenommen, den es wirtschaftlich schon seit langem besessen hat. Das aus außenpolitischer Sicht Bemerkenswerte am Prozeß der Vereinigung war nämlich die Tatsache, daß die Bundesregierung zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wirklich souverän gehandelt hat. Sie konnte Tempo und Modalitäten des Prozesses bestimmen, während die Alliierten trotz ihrer formalen Einbeziehung dem nur noch zuzustimmen vermochten, obwohl es nicht nur in der Sowjetunion, sondern gerade auch in Frankreich und England, erhebliche Widerstände gab. Die außenpolitischen Probleme reduzierten sich am Ende auf die Umstände des sowjetischen Truppenabzugs aus der ehemaligen DDR und den Umfang der Wirtschaftshilfe, die die Bundesrepublik der Sowjetunion gewährt.

4. Was sind die langfristigen Konsequenzen für die neue Weltordnung?

Klar ist derzeit nur, daß die 1945 etablierte Weltordnung keinen Bestand mehr hat. Für die vielzitierte »neue Weltordnung« zeichnen sich bislang nur einige Konturen ab, die allerdings angesichts der immer noch dramatischen internationalen Ereignisse des Jahres 1991 (Persischer Golf, Ostafrika, Balkan) widersprüchlich bleiben. Immerhin sind vier Szenarien denkbar, die hier vorgestellt und auf ihre Plausibilität hin diskutiert werden sollen.

Das *erste Szenario* drängt sich angesichts des Golfkriegs und der Rolle, die die USA darin gespielt haben, auf. Es besagt, daß die USA, vom sowjetischen Druck befreit, jetzt allein die Rolle der Hegemonialmacht übernehmen und mit Hilfe ihres militärischen und wirtschaftlichen Potentials weltweit für eine stabile politische und wirtschaftliche Weltordnung sorgen werden. Verletzt jemand diese Ordnung, wie jüngst der Irak, muß er mit amerikanischen Sanktionen rechnen. Selbst wenn derzeit dafür einige Evidenz besteht und dieses Szenario in den USA, gerade nach dem »Sieg« über die Sowjetunion und dem »Blitzkrieg« gegen den Irak, neue Anhänger gefunden hat,¹⁰ halte ich diese Denkmöglichkeit, wie im folgenden noch zu begründen sein wird, für wenig plausibel, da sie von

10 So z.B. Charles Krauthammer in seinem mit einer schiefen Metapher betitelten Aufsatz »The Unipolar Moment«. In: Foreign Affairs 70.1990/91,1. S. 23-33.

einer aktuellen Situationsanalyse und nicht von der Analyse langfristiger Trends ausgeht.

Da offenbar jede Gesellschaft ein Feindbild benötigt, und die Sowjetunion, namentlich Gorbatschow, für dieses Feindbild nicht mehr so recht taugen will, im Gegenteil die amerikanische Regierung alles daran setzt, ihn gegen die zentrifugalen Kräfte in seinem Imperium zu stützen, muß aus US-amerikanischer Sicht ein neues Feindbild her. Denkbar ist, daß den »irrationalen« oder »fanatisierbaren« islamischen Gesellschaften, wahlweise personifiziert durch Gadaffi, Khomeini oder Saddam Hussein, diese Rolle zugewiesen wird. Zumindest bildete das Kreuzzugmotiv auf der propagandistischen Ebene beider Seiten eine nicht zu unterschätzende Facette im Golfkrieg. Eine andere, substantiellere Möglichkeit ist die, daß der schon seit langem schwelende amerikanisch-japanische Konflikt, der bislang in erster Linie ein Handelskonflikt war, wie in den 1930er/40er Jahren um das Thema »gelbe Gefahr« erweitert wird. Die CIA-Studie »Japan 2000«, an der immerhin so renommierte Leute wie Chalmers Johnson, Robert McFarlane und Kent Calder mitgewirkt haben, in der das Schreckgespenst des japanischen Drangs zur wirtschaftlichen Dominanz an die Wand gemalt wird¹¹ und die den bisherigen Höhepunkt einer langen Liste von einschlägigen sensationsschwichigen amerikanischen Veröffentlichungen zum Thema »japanische Verschwörung«¹² darstellt, paßt jedenfalls, auch wenn sie dementiert wurde, in dieses Denken.

Ein *zweites Szenario* geht von der Vorstellung aus, daß das Ende des klassischen Ost-West-Konflikts die Chance einer friedlichen und vernünftigen, d.h. auf fairen Abkommen beruhenden, Neuordnung der Welt bietet, in der auch die Sowjetunion ihren Platz hat.¹³ Dafür spricht, daß es mit der Transformation in Osteuropa und dem Scheitern des Sozialismus in anderen Teilen der Welt auch zu einer Annäherung der ordnungspolitischen Systeme gekommen ist bzw. noch kommen wird. Diese Option verlangt allerdings die kaum vorstellbare Anstrengung in den westlichen Industrieländern, soviel Kapital und Know-how in den ehemals sozialistischen Teil der Welt wie in die Sowjetunion selbst zu transferieren, daß die anhaltende Krise gemeistert werden kann und es dort nicht zu weiteren nationalistischen Erruptionen wie etwa in Jugoslawien kommt, deren Ausgang völlig offen ist. Allein die Probleme, die sich bei diesem Prozeß im Hinblick auf die vergleichsweise privilegierte ehemalige DDR auftürmen, macht

11 Andrew J. Dougherty, Japan: 2000. Rochester: Rochester Institute of Technology 1991. Vgl. dazu die Berichte in International Herald Tribune vom 8./9., 12. und 15./16.6. 1991 über das Echo in der Öffentlichkeit.

12 Z.B. Marvin J. Wolf, The Japanese Conspiracy. A Stunning Analysis of the International Trade War. London 1983; Russell Braddon, The Other 100 Years War. Japan's Bid for Supremacy 1941-2041. London 1983; Steven Schlossstein, Trade War. Greed, Power, and Industrial Policy on Opposite Sides of the Pacific. New York 1984; Jon Woronoff, World Trade War. Tokyo 1983.

13 Vgl. dazu Dieter Senghaas, Europa 2000. Ein Friedensplan. Frankfurt 1990; ders., Europa, quo vadis? Neue Aufgaben für eine Politik der Friedensgestaltung. Ebenhausen, Stiftung Wissenschaft und Politik 1991. SWP - AP 2679.

aber bereits jetzt deutlich, daß der Westen zu einer solchen Anstrengung nicht in der Lage und aus innenpolitischen Rücksichten auch nicht willens ist. Plausibler ist vielmehr eine Abschottung, diesmal von der anderen Seite, wenn die Armutswanderung aus Ost- und Südosteuropa noch größere Ausmaße annimmt. Ein *drittes Szenario* lautet, daß der zweite bisherige Konflikt globalen Ausmaßes, der Nord-Süd-Konflikt, zum zentralen Thema der internationalen Politik für den Rest des Jahrhunderts und darüber hinaus wird. Die objektiven Grundlagen dafür sind natürlich gegeben. Doch hat das Scheitern der Ziele des Nord-Süd-Dialogs der 1970er Jahre (Stichwort: Neue Weltwirtschaftsordnung) gezeigt, daß den Südländern die Verhandlungsmacht fehlt, ihre Forderungen auch wirklich durchzusetzen. Das lag nicht nur an der mangelnden Bereitschaft der Nordländer, sondern gleichermaßen auch an dem Differenzierungsprozeß innerhalb der Dritten Welt in Ölländer, Schwellenländer und den relativ oder sogar absolut verarmenden »Rest«, der die Identifizierung einer gemeinsamen Interessenlage und die Formulierung gemeinsamer politischer Ziele immer unwahrscheinlicher gemacht hat.¹⁴ Der ungeheure Bedarf an Hilfe für Osteuropa hat hier die Verhandlungsposition der Länder des Südens zusätzlich geschwächt. Den Golfkrieg zum Beginn der heißen Phase des Nord-Süd-Konflikts zu stilisieren, ist nicht nur maßlos übertrieben, sondern auch falsch, zumal es sich hierbei gleichzeitig auch um einen Süd-Süd-Konflikt gehandelt hat.

Mit der Auflösung der »Zweiten Welt« und der Ausdifferenzierung der »Dritten Welt« läßt sich vielmehr eine ganz andere Dreiteilung prognostizieren.¹⁵ Die erste Welt wird die Welt der OECD sein, die um einige Schwellenländer erweitert wird, die zumindest in Ostasien bereits den Anschluß gefunden haben. Daneben gibt es die Ölländer, die zusammen mit einigen wichtigen Rohstofflieferanten als unverzichtbare Ressourcenbasis dienen und sich auch künftig der besonderen »Aufmerksamkeit« in Form von Investitionen, Finanzhilfe und Waffenlieferungen erfreuen werden. Der arme »Rest«, der weder als Absatzmarkt wegen mangelnder Kaufkraft noch als Lieferant von Rohstoffen von besonderem Interesse für die Welt der OECD ist, wird mehr oder weniger sich selbst überlassen, sozusagen zwangsweise abgekoppelt. Um nur eine Relation zu nennen: Das kombinierte monetäre Sozialprodukt *aller* Länder südlich der Sahara war 1989 mit 161,82 Mrd US\$ wesentlich geringer als das alleinige Sozialprodukt des Schwellenlands Südkorea mit 211,88 Mrd. US\$.¹⁶ Nord-Süd-Politik wird sich dort möglicherweise auf bloße Sozialpolitik reduzieren, wie sie bereits 1981 von Gunnar Myrdal in durchaus kritischer Absicht gegenüber den Fehlentwicklungen der bisherigen Entwicklungshilfe gefordert wurde.¹⁷ Bislang geschieht das im-

14 Vgl. dazu Ulrich Menzel/Dieter Senghaas, Europas Entwicklung und die Dritte Welt. Eine Bestandsaufnahme. Frankfurt 1986, insbesondere Kapitel 3-6.

15 So die Diskussion auf einem Expertenkolloquium in der Evangelischen Akademie Loccum »Weltsystem und Weltpolitik jenseits der Bipolarität« am 21. bis 23. 6. 1991. Die Referate und Diskussionsbeiträge werden demnächst als »Loccumer Protokolle« veröffentlicht.

16 Worldbank, World Development Report 1991. Oxford 1991, S. 209.

17 Gunnar Myrdal, Relief Instead of Development Aid. In: Intereconomics 16.1981,2. S. 86-89.

mer nur dann, wenn die über das Fernsehen vermittelten Katastrophenbilder die Weltöffentlichkeit aufrütteln und in den Industrieländern einen improvisierten Handlungsbedarf erzwingen. Denkbar ist auch, daß die Interventionen dort von seiten des Westens zunehmen werden, wobei nicht mehr bloß die wirtschaftliche Souveränität eingeschränkt wird, wie durch die Auflagenpolitik des IWF bereits seit langem praktiziert, sondern daß über die sog. politische Konditionierung bei der Vergabe von Hilfe auch das bisherige Tabu der Nichteinmischung in deren innere politische Angelegenheiten aufgegeben wird.¹⁸ Auch hier hat die Behandlung der Kurdenfrage bereits einen ersten Vorgeschmack geliefert. Wie sich die ehemaligen »Zweite Welt« auf diese neuen drei Welten aufteilen wird, bleibt abzuwarten.

5. Die innerwestlichen Konflikte werden zunehmen

In diesem *vierten Szenario* wird eine Wiederbelebung der klassischen Konflikte zwischen den Großmächten, wie sie bis zum Zweiten Weltkrieg das internationale System bestimmt haben, angenommen. Selbst wenn der Golfkrieg ein Zusammenrücken der westlichen Industrieländer verlangte, scheint mir diese Option langfristig die größte Plausibilität zu besitzen. Diese klassischen Konflikte sind in letzter Instanz auf die Ungleichzeitigkeit der Industrialisierungs- und Modernisierungsprozesse in den heute führenden Industrieländern zurückzuführen, die auch immer mit der Ungleichzeitigkeit der nationalen Machtentfaltung einhergingen und immer wieder in katastrophale Weltkriege einmündeten. Diese Konflikte haben auch in den letzten 40 Jahren bestanden, sie wurden nur durch den Ost-West-Konflikt gezügelt.

Der letzte dieser innerwestlichen Konflikte zwischen der absteigenden Hegemonialmacht England und seinem Herausforderer Deutschland führte zu dem nur auf den ersten Blick überraschenden Resultat, daß die USA als latente und seit dem Zweiten Weltkrieg als eindeutige Hegemonialmacht reüssierten, weil dort ein unvergleichlich größeres Industriepotential entstanden war, das sich, wie die rasche Mobilisierung der 1940er Jahre zeigte, in kürzester Frist in ein entsprechendes Militärpotential umsetzen ließ. Vor diesem Hintergrund war der bereits damals gleichzeitig von Japan angemeldete hegemoniale Anspruch von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil die amerikanische Kraft ausreichte, zwei Kriege gleichzeitig zu führen und zu gewinnen und auch noch ihre Alliierten substantiell zu unterstützen.

Der neue Herausforderer hieß Sowjetunion, die zwar niemals die angestrebte Überlegenheit ihres Wirtschaftssystems unter Beweis stellen konnte, aber in der Lage war, über eine einseitige Konzentration ihrer Ressourcen die militärische Parität zu erringen. Dem zu begegnen, zwang wiederum die USA seit Ende der

18 Vgl. zur Begründung Peter P. Waller, *Hilfe durch Einmischung?* In: *Entwicklung und Zusammenarbeit* 10/1990. S. 12-13.

1970er Jahre in einen fatalen Zweifrontenkrieg. Militärisch die alte Suprematie zurückzugewinnen, war *das* Programm der Reagan-Ära, eine Aufgabe, die aus Sicht der amerikanischen Falken mit Erfolg bewältigt wurde. Der Preis war allerdings hoch, vielleicht zu hoch, wie sich in der kommenden Dekade noch erweisen wird. Mußten die USA doch ähnlich wie die Sowjetunion einen wachsenden Teil ihrer Ressourcen (Finanzmittel, Forschungskapazitäten, Produktionsanlagen) für die exklusive militärische Verwendung reservieren und damit auf sträfliche Weise den zivilen Sektor vernachlässigen, also die zweite Front entblößen, die sich dem japanischen Verdrängungswettbewerb ausgesetzt sah. Jenes Japan, dessen wirtschaftliche Regeneration man aus den übergeordneten politischen Gründen in den 1950er/1960er Jahren durch die Öffnung des amerikanischen Marktes und die Einräumung einer drastisch unterbewerteten Währung selber nach Kräften gefördert hatte.

Der Versuch des Jahres 1985 mit dem New Yorker Plaza-Abkommen, durch ein Revirement der Wechselkurse zwischen den führenden Industrieländern diesem Verdrängungswettbewerb Einhalt zu gebieten, muß aus heutiger Sicht als gescheitert angesehen werden. Auch die massive Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Yen (und der D-Mark) hat das amerikanische Handelsdefizit nicht merklich abbauen können. Erstens, weil die amerikanische Industrie in vielen Bereichen ihre Wettbewerbsfähigkeit endgültig verloren hat bzw. weil einige Branchen gar nicht mehr existieren, und zweitens, weil Japan trotz aller liberalistischen Lippenbekenntnisse unbeirrt an den drei Säulen, auf denen der »Handelsstaat Japan« beruht (administrative Lenkung der Wirtschaft nach innen und außen, Konglomeratstruktur der Großbetriebe mit gegenseitigem Aktienbesitz und informellen Absprachen der Konzernleitungen sowie firmeneigene Forschung, die nicht im akademischen Sinne für alle Welt frei zugänglich ist), festhält.¹⁹ Mit anderen Worten: Die Philosophie der »unsichtbaren Hand« erweist sich dem Neomerkantilismus gegenüber als unterlegen. Diese Erkenntnis sollte auch Anlaß zum Nachdenken geben, über die These von der Internationalisierung der Welt durch Multis und internationale Organisationen verfrüht war, sich vielmehr eine Renaissance des Nationalstaates als wichtigstem Akteur abzeichnet.²⁰

Die »japanische Herausforderung« blieb in den 1980er Jahren aber solange nur das innenpolitische Thema Nr. 2, wie der Krieg der Sterne gegen das »Reich des Bösen« (Reagan) geführt werden mußte. Dieser war am Ende nur noch dank der finanziellen und technologischen Alimentierung von seiten der wichtigsten Bündnispartner möglich.²¹ Das amerikanische Dilemma bestand also darin, hier

19 Vgl. dazu Chalmers Johnson, *Their Behavior, Our Policy*. In: *The National Interest* Nr. 17, 1989. S. 17-27; allgemeiner ders., *MITI and the Japanese Miracle. The Growth of Industrial Policy, 1925-1975*. Stanford, Cal. 1982.

20 Vgl. dazu die Beiträge in Peter B. Evans/Dietrich RuescheMeyer/Theda Skocpol (Hrsg.), *Bringing the State Back In*. Cambridge 1985.

21 Vgl. dazu René Hermann, *Technologietransfer als Sanktion: Technologische Kooperation zwischen Japan und den USA*. In: Ulrich Menzel (Hrsg.); *Im Schatten des Siegers: Japan*. Bd. 4.

liegt die eigentliche Pointe, daß sich beide Konflikte bezüglich ihrer Lösungsmöglichkeiten gegenseitig verschärften. Die hohen Rüstungsanstrengungen schwächten die zivile Wirtschaftskraft, die nachlassende Wirtschaftskraft verminderte die Fähigkeit zum eigenständigen Ausbau des riesigen Rüstungsapparats. Das astronomische Höhen erreichende amerikanische Doppeldefizit von Haushalt und Handelsbilanz markiert exakt diese doppelte Schwäche - die nachlassende internationale Wettbewerbsfähigkeit ebenso wie die interne Leistungsfähigkeit. Gedeckt wurden beide Defizite in erster Linie durch die Überschüsse der wichtigsten Verbündeten und gleichzeitigen Konkurrenten - nämlich Japan und die Bundesrepublik. Die Versuche von Susan Strange ("strukturelle Macht") oder Joseph Nye ("soft power")²², mittels eines neuen Begriffs von Macht dieser veränderten Situation Rechnung zu tragen, lassen sich durchaus als Rückzugsgefechte interpretieren.

Daß sich der japanische Konkurrenzdruck in Westeuropa vergleichsweise abmildert zeigte, lag nicht zuletzt daran, daß der andere Verlierer des Zweiten Weltkriegs eine der japanischen vergleichbare Regenerationskraft demonstrierte, so daß sich eine doppelte Paradoxie ergibt. Japan und Deutschland erweisen sich nicht nur als die eigentlichen Gewinner des Zweiten Weltkriegs, sie waren auch die Nutznießer des amerikanisch-sowjetischen Hegemonialkonflikts, da sie das von beiden preisgegebene wirtschaftliche Terrain besetzen konnten. Die Sowjetunion ist wirtschaftlich am Ende und steht politisch mit dem Rücken zur Wand, die USA sitzen auf einem riesigen Rüstungsarsenal, das nicht mehr finanzierbar ist, und haben in vielen Branchen ihre Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Eine Hegemonialmacht, die sich die Exekution ihrer Führungsrolle, wie im Golfkrieg geschehen, von ihren Verbündeten bezahlen lassen muß, ist eben keine wirkliche Hegemonialmacht mehr, sondern in die Rolle des Söldners geschlüpft, ist ein »Militärstaat«, der von den neuen »Handelsstaaten«²³ ausgehalten wird.

Daß Japan seine Ziele aus dem Pazifikkrieg, wenn auch diesmal eleganter auf dem Feld der Wirtschaft, erreicht hat, ist angesichts der erdrückenden Präsenz in Ost- und Südostasien und im pazifischen Raum unbestreitbar, ist doch die Region in eine auf Japan ausgerichtete Arbeitsteilung eingebunden. Selbst der bilaterale Handel mit den USA weist die aus unterentwickelten Ländern bekannte Asymmetrie auf, bei der die USA nur noch die Rohstoffe und Nahrungsmittel liefern und Fertigwaren importieren. Daß Japan zum Hauptgläubiger der USA geworden ist, japanische Banken die größten Finanzvolumina bewegen und Japan von der industriellen auch zu einer finanziellen Supermacht aufgestiegen ist, war die zwangsläufige Folge.²⁴

Weltwirtschaft und Weltpolitik. Frankfurt 1989. S. 217-277;

22 Strange 1985; Joseph S. Nye, Soft Power. In: Foreign Policy Nr. 80, 1990. S. 153-171. Vgl. auch die Kritik von Winston E. Langley und die Antikritik von Nye in Foreign Policy Nr. 82, 1991. S. 178-180.

23 Richard Rosecrance, Der neue Handelsstaat: Herausforderung für Politik und Wirtschaft. Frankfurt 1987.

24 Vgl. dazu Ulrich Menzel, Von der industriellen zur finanziellen Supermacht. In: Ders. (Hrsg.),

Folge war auch ein Erwachen des japanischen Nationalismus, der anlässlich der Umstände, wie der Tod des Tenno zelebriert wurde, die Weltöffentlichkeit in Erstaunen und Erschrecken versetzte, wenn auch die Kritik in Japan selber an dieser archaisch anmutenden Inszenierung sehr massiv war. In dem Maße, wie die USA (wirtschaftliche) Schwäche zeigen, der Ost-West-Konflikt und die daraus resultierende Bedrohung sich verflüchtigt hat, verliert auch der amerikanische Trumpf, die Sicherheitsgarantie, an Gewicht. Vor dem Hintergrund eigener Stärke und wachsender Wirtschaftskonflikte mit den USA wird in Japan schon seit langem die Option einer, regional begrenzten, Militärmacht diskutiert.²⁵ Die finanziellen und technologischen Voraussetzungen sind zweifellos gegeben. Auch die anhaltende Isolation der VR China, deren Attraktivität für die USA, in dem Maße, wie deren Konflikt mit der Sowjetunion sich gelegt hat, zurückgegangen ist, dürfte den außenpolitischen Handlungsspielraum Japans erhöhen. Dem entgegen steht allerdings nach wie vor die strukturelle Führungsschwäche²⁶ und die innenpolitisch bedingte (Artikel 9 der Verfassung, Selbstverzicht auf die Verfügung über Nuklearwaffen u.a.) internationale Zurückhaltung des Landes. So vermochte Japan im Unterschied zur Bundesrepublik den Umbruch in Osteuropa und die Schwäche der Sowjetunion nicht im eigenen Interesse zu kapitalisieren, wie sich an der Kurilenfrage zeigte. Die zweite große Schwachstelle, die nicht vorhandene Rohstoffbasis, versucht man dadurch zu kompensieren, daß man die Lagerstätten im Ausland kauft und nicht mehr, wie in den 1930er/40er Jahren erobert. Daß es dabei nicht nur um Fragen der Profitabilität geht, macht der in Japan Verwendete Begriff von der »umfassenden Sicherheit« deutlich.²⁷ Die aus deutscher Perspektive wichtige Frage lautet, ob sich ähnliches auch im Hinblick auf die Bundesrepublik, wenn auch in abgemildeter Form, abspielt. Ihre wirtschaftliche Position in Europa ist stark wie nie zuvor. Deren Indikatoren sind die gleichen wie im Falle Japans. Seit vielen Jahren extreme Handelsüberschüsse unterstreichen die Wettbewerbsfähigkeit und setzen sich in einen entsprechenden Kapitalexpert um. Ihre in Europa dominante Rolle auf finanz- und währungspolitischen Sektor ist unbestreitbar; jeder Tourist kann das hautnah erleben, wenn er seinen Urlaub im Ausland verbringt. Offen ist allerdings die Frage, ob der »Anschluß« der DDR die wirtschaftliche

Im Schatten des Siegers: Japan. Bd. 3. Ökonomie und Politik. Frankfurt 1989. S. 97-133, mit entsprechenden Daten.

- 25 Vgl. Kenneth B. Pyle, Die Zukunft des japanischen Nationalcharakters. Ein zeitgeschichtlicher Essay. In: Menzel 1989. Bd. 4. S. 146-196; ders., Japan, the World, and the Twenty-first Century. In: Takashi Inoguchi/Daniel I. Okimoto (Hrsg.), The Political Economy of Japan. Bd. 2. The Changing International Context. Stanford 1988. S. 446-486; Susan J. Pharr, Japan and the World: The Debate in Japan. In: Harvard International Review 10.1988, April/Mai. S. 35-38. Eine extreme Position vertritt Shimizu Ikutaro, The Nuclear Option: Japan Be a State. In: Japan Echo 7.1980,3.
- 26 Vgl. dazu Frank Gibney, Japan. The Fragile Super Power. Tokyo 1979.
- 27 The Comprehensive National Security Study Group, Report on Comprehensive National Security. Tokyo July 2, 1980. Der Bericht dieser Kommission, die 1979 vom japanischen Premierminister eingesetzt wurde, ist auch unter dem Namen »Inoki-Report« nach Vorsitzenden bekannt geworden.

Leistungsfähigkeit der BRD nicht übersteigt, wenn weiterhin jährlich mehr als 100 Mrd DM an Transferzahlungen geleistet werden.²⁸ Die Bundesrepublik wäre dann auf absehbare Zeit so sehr mit sich selbst beschäftigt, daß kein Spielraum für außenwirtschaftliche Expansion mehr gegeben ist. Der vollkommene Abbau des Leistungsbilanzüberschusses im Jahre 1990 war hier ein deutliches Signal. Die deutsche Vereinigung wird die Wirtschaftskraft nur dann nicht verringern, wenn es gelingt, die Transferzahlungen in stärkerem Maße im investiven Bereich zu plazieren. Für die ehemalige DDR wäre dann trotz aller derzeitigen Katastrophen auf mittlere Sicht ein erheblicher Wachstumsschub zu erwarten, der durchaus mit den 1950er und 1960er Jahren der alten Bundesrepublik vergleichbar wäre, wird doch dort wie weiland hier eine grundlegende Modernisierung aller ökonomisch relevanten Bereiche (Telekommunikation, Verkehrswesen, Energieversorgung, Industrieanlagen, Qualifizierung von Arbeitskräften etc.) in Gang gebracht, die sich dann auch in eine entsprechende Wettbewerbsfähigkeit umsetzen würde.

Anders als Japan ist die Bundesrepublik aber nicht in bilaterale, sondern in multilaterale Organisationen eingebunden, die die berühmte Westintegration besorgten und aus französischer und britischer Sicht eine Kompensation für wirtschaftliche Unterlegenheit lieferten. Damit gewinnt insbesondere die deutsche NATO-Zugehörigkeit eine dramatische Wende. Könnte es in Zukunft doch eher, und jetzt auch aus amerikanischer Sicht, um die Kontrolle Deutschlands als um die Stärkung des westlichen Lagers gehen.²⁹ Insofern war die sowjetische Forderung nach Neutralisierung der Bundesrepublik die schlechteste aller denkbaren Möglichkeiten. Auch der amerikanisch-japanische Sicherheitsvertrag dürfte vor diesem Hintergrund einem analogen Funktionswandel unterliegen, insofern das amerikanische Interesse daran in Zukunft weniger der Stärkung des eigenen Lagers gegen die Sowjetunion als vielmehr auf die Kontrolle Japans ausgerichtet sein dürfte.

Eine mögliche Option bleibt immerhin, daß ähnlich wie Japan in Ost- und Südostasien auch Deutschland seine alte Einflußsphäre in Ost- und Südosteuropa bis in den Nahen Osten wiedergewinnt, wie im Bereich von Handel und Währung längst geschehen. Das scheinen auch die Menschen dort zu empfinden, wenn wie im 19. Jahrhundert die Armut dieser Länder in das geographische Zentrum Europas drängt und das Ersuchen um Kredite und Investitionen zuerst immer an die Bundesrepublik gerichtet ist. Damit in Widerspruch steht nicht unbedingt, daß der Schwerpunkt der außenwirtschaftlichen Aktivitäten weiterhin in Westeuropa liegen wird, kann man doch das eine tun, ohne das andere zu lassen. Und wie in Japan ist auch ein Nationalismus, der sich im Bewußtsein wirtschaftlicher Lei-

28 Zu diesen Bedenken vgl. Reinhard Rode, *Deutschland: Weltwirtschaftsmacht oder überfordertes Euro-Hegemon?* Frankfurt, HSFK-Report 1/1991.

29 Vgl. dazu Ernst-Otto Czempiel/Bernd W. Kubbig/Harald Müller/Jürgen Witzewski, *Die USA und das neue Europa*. Frankfurt. HSFK-Report 5/1990; Gabriel Kolko, *Über die Zukunft der amerikanischen Außenpolitik*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* Nr. 6, 1991. S. 664-674.

stungsfähigkeit ausdrückt, zu neuer Blüte erwacht.

Damit stellt sich die Frage, ob nicht die Denkspiele der letzten Jahre von der Pentarchie (aus USA, SU, Japan, China, EG) oder der neuen Multipolarität Makulatur geworden sind und eine trilaterale Konstellation aus den USA, Japan und Deutschland ins Haus steht, deren Konflikte um Weltmarktanteile und Einflusssphären die absehbare Zeit bestimmen werden. Das soll natürlich nicht heißen, daß wir irgendwann auf einen neuen Krieg zwischen den Großmächten zusteuern. Aber, hier liegt die neue Qualität der Machtverteilung des internationalen Systems, die Führungsposition der USA wird nicht mehr so unangefochten bleiben, wie es derzeit den Anschein hat. Der Grund liegt ganz einfach darin, daß sie dazu nicht mehr über die notwendigen Ressourcen verfügen. Denkbar ist vielmehr eine ganz neue Form der internationalen Arbeitsteilung, die so aussieht, daß die USA zwar weiterhin die Rolle der politischen und militärischen Führungsmacht spielen, daß sie diese aber nur mittels massiver finanzieller und auch technologischer Alimentierung von seiten der »neuen Zivilmächte«³⁰, Japan und der Bundesrepublik, aufrecht erhalten können. Das hieße die Ersetzung der »G 7« durch eine in den USA bereits diskutierte »G 3«. ³¹ Das Ersuchen der USA an beide Länder um entsprechende Hilfe im Golfkrieg hat dazu einen Vorgeschmack geliefert. ³² Vorläufig noch nicht vorstellbar ist allerdings, daß Japan wirklich »no« sagen wird und die Lieferung von Technologie und Kapital verweigert, wie der Sony-Chef Morita jüngst in einem Aufsehen erregenden Buch angedroht hat. ³³

Literatur

- Braddon, R. (1983): *The Other 100 Years War. Japan's Bid for Supremacy 1941-2041*, London
 Calleo, D.P. (1987): *Beyond American Hegemony. The Future of the Western Alliance*, New York
 Czempiel, E.O. (1989): *Machtprobe. Die USA und die Sowjetunion in den Achtziger Jahren*, München
 Czempiel, E.O., u.a. (1990): *Die USA und das neue Europa*, Frankfurt, HSFK-Report 5/90

- 30 Vgl. dazu Hanns W. Maull, Germany and Japan: The New Civilian Powers. In: Foreign Affairs 69.1990,5. S. 91-106. Damit würden ausgerechnet die ehemals aggressiven verspäteten Modernisierer die neuen »Zivilmächte«. Vgl. dazu Arthur Heinrich, Mutmaßungen über die Neue Weltordnung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 6, 1991. S. 547-560.
 31 Vgl. Peter Tarnoff, America's New Special Relationship. In: Foreign Affairs 69.1990,3; Walter Russel Mead, The Once and Future Reich. Coming to Terms with Germany. In: World Policy Journal 7.1990,4; Angela Stent, The One Germany. In: Foreign Policy Nr. 81, 1990/91. S. 53-70.
 32 Übersehen wird auch allzu oft der militärische Beitrag beider Länder im Golfkrieg. Die Bundesrepublik stellte immerhin die wichtigsten Nachschubbasen, und Japan ist ein wichtiger Lieferant für militärisch relevante Technologie. So sind z.B. auch die weltberühmt gewordenen Patriot-Raketen in entscheidender Weise auf elektronische Komponenten angewiesen, die von Mitsubishi Electric geliefert werden. Vgl. dazu »Japanische Chips in amerikanischen Waffen« in: FAZ vom 30.1.1991.
 33 Akio Morita/Shintaro Ishihara, The Japan That Can Say No. Why Japan Will Be First Among Equals. New York 1991

- Dougherty, A.J. (1991): *Japan: 2000*, Rochester: Rochester Institute of Technology
- Evans, P./RuescheMeyer, D./Skocpol, T. (Hrsg.), (1985), *Bringing the State Back In*, Cambridge
- Gibney, F. (1979): *Japan. The Fragile Super Power*, Tokyo
- Gilpin, R. (1975): *U.S. Power and the Multinational Corporation. The Political Economy of Direct Investment*, London
- Gilpin, R. (1981): *War & Change in World Politics*, Cambridge
- Gilpin, R. (1987), *The Political Economy of International Relations*, Princeton
- Goldstein, J.S. (1988): *Long Cycles. Prosperity and War in the Modern Age*, Yale
- Heinrich, A. (1991): Mutmaßungen über die Neue Weltordnung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* Nr. 6, S. 547-560
- Hermann, R. (1989): Technologietransfer als Sanktion: Technologische Kooperation zwischen Japan und den USA, in: U. Menzel (Hrsg.), *Im Schatten des Siegers: Japan*, Bd. 4, Weltwirtschaft und Weltpolitik. Frankfurt
- Holsti, K.J. (1986): Politics in Command: Foreign Trade as a National Security Policy, in: *International Organization*, Nr. 3, S. 643-671
- Ikutaro, S. (1980): The Nuclear Option: Japan Be a State, in: *Japan Echo*, Nr. 3
- Jacobsen, H.-D. (1986): *Internationale Wettbewerbsfähigkeit und nationale Sicherheit der USA*, Ebenhausen
- Johnson, C. (1989): Their Behavior, Our Policy, in: *The National Interest* Nr. 17, S. 17-27
- Johnson, C. (1982): *MITI and the Japanese Miracle. The Growth of Industrial Policy, 1925-1975*, Stanford, Cal.
- Kennedy, P. (1987): *The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*, New York
- Keohane, R.O. (1984): *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Economy*, Princeton
- Keohane, R.O. (1989), *International Institutions and State Power. Essays in International Relations Theory*, Boulder
- Kindleberger, C.P. (1986): International Public Goods without International Government, in: *American Economic Review*, Nr. 1, S. 1-13
- Kolko, G. (1991): Über die Zukunft der amerikanischen Außenpolitik, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* Nr. 6, S. 664-674.
- Krasner, S.D.(Hrsg.), (1983): *International Regimes*, Ithaca
- Krauthammer, C. (1990): The Unipolar Moment, in: *Foreign Affairs*, Nr. 1, S. 23-33
- Mauß, H.W. (1990): Germany and Japan: The New Civilian Powers, in: *Foreign Affairs*, Nr.5, S. 91-106
- Mead, W.R. (1990): The Once and Future Reich, Coming to Terms with Germany, in: *World Policy Journal*, Nr. 4
- Mead, W.R./ Splendor, M. (1987): *The American Empire in Transition*, Boston
- Menzel, U. (1985): *Lange Wellen und Hegemonie. Ein Literaturbericht*, Universität Bremen
- Menzel, U. (1989): Von der industriellen zur finanziellen Supermacht, in: Ders. (Hrsg.), *Im Schatten des Siegers: Japan*, Bd. 3, Ökonomie und Politik, Frankfurt, S. 97-133
- Menzel, U. (Hrsg.), (1990), *Nachdenken über China*, Frankfurt
- Menzel, U. (1991): Das Ende der »Dritten Welt« und das Scheitern der großen Theorie. Zur Soziologie einer Disziplin in auch selbstkritischer Absicht, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Nr. 1. S. 4-33
- Menzel, U./Senghaas, D. (1986): *Europas Entwicklung und die Dritte Welt. Eine Bestandsaufnahme*, Frankfurt
- Modelski, G. (1987): *Long Cycles in World Politics*, London
- Modelski, G./Thompson, W.R. (1988): *Seapower in Global Politics, 1494-1993*, London